

Ostermayer präzisiert Millionärssteuer-Modell ● Faymann

# „Gespart werden muss, aber es braucht auch Beitrag der Reichen“

Wien. – Auf die Spar-Pläne von Vizekanzler Michael Spindelegger zur Finanzierung der Steuerreform reagierte Bundeskanzler Faymann am Mittwoch kompromissbereit: „Gespart werden muss, aber es braucht auch einen Beitrag der Reichen.“ Kanzleramtsminister Ostermayer präzisierte das Modell der Millionärssteuer.

Als Vorlage für eine österreichische Millionärsabgabe, wie sie die SPÖ will, hat Kanzleramtsminister Josef Ostermayer das Schweizer Modell herangezogen. Dort würde dieses System gut funktionieren, sagte Ostermayer gestern.

Auf Österreich übertragen würde das bedeuten, dass von dieser Steuer die reichsten 80.000 Menschen mit einem Steuersatz von 0,1 bis 0,9 Prozent auf ihr Vermögen ab einer Million Euro betroffen wären. Der Steuersatz wäre gestaffelt und sollte im Schnitt 0,5 Prozent ausmachen.

Bezugnehmend auf Berechnungen der Uni Linz,

die auf Daten der Nationalbank basieren, verfügt das reichste Prozent der Bevölkerung über rund 470 Milliarden Euro. Abzüglich des Freibetrags von einer Million käme man bei heimischen 80.000 Millionären auf 390 Milliarden Euro, die man besteuern könnte.

Insgesamt könnte die Millionärssteuer demnach bis zu zwei Milliarden Euro zur

Finanzierung der Steuerreform einbringen. Allerdings möchte der Kanzleramtsminister bei den Berechnungen „auf der sicheren Seite sein“ und geht von möglichen Einnahmen in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro aus.

Indes kämpft Bundeskanzler Faymann weiterhin gegen den Widerstand von Vizekanzler Spindelegger um die Millionärssteuer. Er spricht sich aber dennoch wie sein Koalitionspartner für Einsparungen durch Reformen im Verwaltungsbereich aus. „Beides gehört dazu. Man kann auch nur auf zwei Beinen gehen“, so der Kanzler.

## Spenden statt Steuern

Wien. – Für Verwunderung sorgt ein Brief von Finanzminister Michael Spindelegger (Bild), in dem er an heimische Spitzenverdiener appelliert, Geld an öffentliche Einrichtungen wie Universitäten zu spenden. Spindelegger schreibt auch, dass Vermögenssteuern nichts an den Finanzproblemen des Staats ändern würden. Zuvor müsse es Reformen geben.



Foto: Gerhard Bartel

Im ASVG gilt das Pensionskonto ab dem

# Neue Privilegien

Wien. – Die Einführung des „Pensionskontos“ sollte die unterschiedlichen Systeme zusammenführen. Im ASVG gilt es ab Jahrgang 1955. Jetzt stellt sich heraus, dass man heimlich und leise bei Beamten den Start bis zum Jahrgang 1976, also um 21 Jahre verschoben hat! Bis dahin behalten sie ihre Pensionsprivilegien.

Das Pensionskonto schafft nicht nur Transparenz (man sieht, welche Ansprüche man bisher erworben hat, und kann sich leicht die Höhe der künftigen Pension ausrechnen lassen). Die Berechnung erfolgt so, dass jedes Berufsjahr für die Höhe der Pension zählt, und nicht wie früher nur die besten Jahre. Außerdem betragen die Abschläge

**Spindelegger bittet Österreichs Millionäre um freiwillige Spenden. War die ÖVP nicht für ein Bettelverbot?**



Herr Nimmerwurscht

**Was dahinter steckt**

VON ERNST TROST



## An der Ostfront

Was Worte wiegen, wird sich wohl weisen. Und es waren Worte, die man von Obama erwartete: die Bestätigung des NATO-Prinzips, dass ein Angriff auf ein Mitglied ein Angriff auf alle anderen sei. Der Beifall in Warschau war groß und auch in den anderen osteuropäischen Staaten, die sich vor einem Vierteljahrhundert aus dem Sowjetimperium lösen konnten und so wesentlich zu seinem Zerfall beitrugen. Denn was lediglich als Gedenkfeier für die erste wirklich demokratische Wahl im Ostblock, 1989 in Polen, gedacht war, hatte durch Putins neoimperialistisches Auftreten gegenüber der Ukraine brennende Aktualität erhalten. Und es war dem Präsidenten sicher bewusst, dass er sich an einer neuen Ostfront befand.

Bereits auf dem Warschauer Airport schüttelte Obama die Hände amerikanischer und polnischer NATO-Piloten. Die Amis gehören zu dem kleinen Kontingent, das Washington als Reaktion auf die Krim-Annektion nach Polen und ins Baltikum entsandt hatte. Mehr könnten noch folgen, wenn die NATO aus der radikal veränderten Sicherheitslage in Osteuropa die Konsequenzen zieht. Für Obama galt es jedoch, zuerst Vertrauen zu schaffen und Putin gegenüber Härte zu zeigen.

Immerhin hat er nicht nur stramm geredet, sondern auch eine Milliarde Dollar für die NATO-Aufrüstung in Europa verheißen – sozusagen als militärische Unterstützung dieser „Jubiläums-Diplomatie“. Denn bei den D-Day-Feiern am 6. Juli ist ja auch Putin mit dabei. . . .

ernst.trost@kronenzeitung.at

für „harten, aber herzlichen“ Mittelweg bei Verhandlungen



Rechnen an der Millionärsabgabe: Kanzler Werner Faymann und Kanzleramtsminister Ostermayer

Mehr Infos auf [krone.at](http://krone.at)

Foto: picturedesk.com

SPÖ, ÖVP und Grüne zu Straches Rechtsextremen-Gipfel:

# „Eitelkeit, Geld und Einfluss?“

Wien. – „Es ist bedenklich, wenn Strache Wien für solche Treffen benützt“, sagte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Darabos zu dessen Gipfel mit russischen Ultra-Nationalisten im Palais Liechten-

stein. Darabos stellt die Frage, ob das „vielleicht mit finanziellen Dingen bei der FPÖ zu tun“ habe? Grünen-Justizsprecher Steinhauser: „Es wäre gefährlich, wenn sich eine rechtsextreme

Tischgesellschaft mit Geld Einfluss im Konflikt zwischen Russland und Europa erkaufte.“ ÖVP-General Blümel: „Es ist wohl Eitelkeit, wenn sich Strache im Schatten solcher Leute sonnt.“

Jahrgang 1955, für Staatsdiener 21 Jahre später oder gar nicht

# für Beamtenpensionen

bei früherem Antritt bis zu 4,2%.

Für 3,6 Millionen ASVG-Versicherte betrug der mögliche Verlust gegenüber der alten Berechnungsmethode zwischen 1,5 und 3%, was man in Kauf nahm. Bei den

hat man das Pensionskonto verschoben, heißt es. Von der „Krone“ befragte Experten finden das völlig unverständlich und vermuten, dass die Beamten, die ja die Gesetze machen, ihre Schäfchen ins Trockene bringen wollten. Denn das alte System bewertet die Jahre mit schlechterer Bezahlung nicht (keine lebenslange Durchrechnung) und die Abschläge bei Frühpension sind geringer.

Beim Bund wird das Pensionskonto also erst ab dem Jahrgang 1976 eingeführt. Noch ärger sind die Privilegien aber in den Ländern:

● In den Bundesländern Wien, Burgenland, Salzburg und Tirol gibt es noch nicht einmal einen Beschluss für eine Umstellung auf das Pensionskonto.  
● In OÖ nur für die ab 2006 Eingetretenen, in Kärnten nur für Neue ab 2011. NÖ, Steiermark und Vorarlberg haben im Wesentlichen die Bundesregelung.

Zur Erinnerung ein paar Pensionshöhen: Die durchschnittliche ASVG-Pension beträgt 1395 Euro brutto. Bei Bundesbeamten sind es je nach Qualifikation zwischen 2290 und 4000 Euro.

**Thema des Tages**

VON CLAUD PÁNDI



## Schluss mit dem Steuer-Theater

Wie der Schaukampf zwischen SPÖ und ÖVP ausgeht, lässt sich ohne Risiko schon jetzt vorhersagen.

Erstens: Die Koalition wird halten (einfach, weil Kanzler Faymann und Vizekanzler Spindelegger ohne Alternativen sind).

Zweitens: Die Steuerreform wird kommen (weil SPÖ, Gewerkschaft und Arbeiterkammer eine unauffällige Kehrtwende überhaupt nicht mehr schaffen).

Drittens: Irgendeine Form der „Millionärsabgabe“ ist unvermeidbar (weil Faymann diese Reichensteuer längst zum Prestigeobjekt seiner Amtszeit gemacht hat).

Viertens: Irgendwo wird sicher schon etwas gespart auch (weil Finanzminister Spindelegger für sein politisches Überleben dringend einen Erfolg braucht).

Und weil das alles so glasklar daliegt, wie das nur in eine rot-schwarze Koalition möglich ist, bleibt nur noch eine einzige Frage offen: Weshalb spannt man die Steuerzahler weiter auf die Folter, statt das Ding jetzt ruck, zuck fertig zu machen? Die Konzepte sind spätestens seit Wochenbeginn da. Die Berechnungen dazu haben die Experten im Finanzministerium auf Knopfdruck parat. Und dass jede Seite ein wenig nachgeben muss, wissen auch alle.

Weshalb das Steuer-Theater dennoch bis in den Sommer 2015 dauern soll, kann keiner schlüssig erklären. Es wird doch nicht daran liegen, dass SPÖ und ÖVP befürchten, kein anderes Thema mehr zu finden, worüber sie den Rest ihrer Regierungszeit streiten können?

claus.pandi@kronenzeitung.at